
Nach der populistischen Revolte: Präsident Donald Trump, Andrew Jackson und die Zukunft der Republikanischen Partei

Patrick Horst

Zusammenfassung

Der Beitrag rekapituliert die Natur der populistischen Revolte Trumps und zeigt auf, wo das *Heartland* von Trumps Amerika liegt. Er prüft die Politikangebote Trumps auf ihre Vereinbarkeit mit der Wirklichkeit und dem parteipolitischen Profil der Republikaner: Wo tun sich möglicherweise Risse auf, die den Bestand einer dauerhaften Republikanischen Wählerkoalition gefährden? Deutet manches gar auf eine zukünftige Neuformierung der Wählerkoalitionen hin? Aufgezeigt werden Parallelen zur Präsidentschaft Andrew Jacksons, dem es als einzigem Populisten vor Trump gelang, ins Weiße Haus einzuziehen und dessen Präsidentschaft eine Neuausrichtung des US-amerikanischen Zweiparteiensystems in die Wege leitete. Aus den Erfahrungen mit der Jackson-Präsidentschaft werden Lehren für die Zukunft Trumps und der Republikanischen Partei gezogen. Drei Zukunftsszenarien zur Zukunft der Republikanischen Partei werden entworfen und begründet.

Schlüsselwörter

Donald J. Trump · Präsidentschaftswahl 2016 · Andrew Jackson · Republikanische Partei · Populismus · Jacksonianism · Muslim Ban · Obamacare · America First · Impeachment

P. Horst (✉)
Bonn, Deutschland
E-Mail: phorst@uni-bonn.de

1 Einleitung

Donald J. Trumps populistische Revolte wurde mittlerweile schon des Öfteren beschrieben und erklärt (Horst 2016; Judis 2016; Oliver und Rahn 2016; Ornstein 2016; White 2016). Nahezu alle Erklärungsversuche behandelten jedoch Trumps erfolgreichen Kampf um die Präsidentschaftsnominierung der Republikanischen Partei und gingen zumeist nicht davon aus, dass ihm auch der Sprung ins Präsidentenamt gelingen würde. Mit seiner Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten stellte sich die Frage nach den Auswirkungen einer Präsidentschaft Trumps auf die Zukunft der Republikanischen Partei und des US-amerikanischen Zweiparteiensystems? Trump war kein Wunschkandidat der Republikaner; er kaperte die Partei gegen den Willen der Partieliten (Falke 2017) und setzte sich dabei gegen 16 Konkurrenten durch – mit sehr rabiaten Methoden. Bis zuletzt enthielten führende Repräsentanten der Partei dem offiziellen Kandidaten ihrer Partei die Unterstützung vor. Auch wenn die innerparteilichen Risse mit dem Sieg Trumps und der Republikaner in beiden Häusern des Kongresses erst einmal vergessen schienen, war nicht damit zu rechnen, dass dies so bleiben würde – zumal Trump seinen Erfolg auch als Sieg über das vermeintlich korrupte Washingtoner *Establishment* feierte.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, einigermaßen tragfähige Zukunftsszenarien für die Republikanische Partei zu entwickeln. Zu diesem Zweck soll im nächsten Kapitel kurz die Natur der populistischen Revolte Trumps rekapituliert werden. Worin bestand das Angebot Trumps an die Wähler – und wen vermochte er zu überzeugen? Trumps Wählerkoalition gibt Auskunft darüber, wo das *Heartland* (Taggart 2000, S. 91–98) von Trumps Amerika liegt. In Abschnitt Drei werden die Politikangebote Trumps auf ihre Vereinbarkeit mit dem parteipolitischen Profil der Republikaner wie auch mit der Wirklichkeit zu prüfen sein: Wo tun sich hier möglicherweise Risse auf, die den Bestand einer dauerhaften Republikanischen Wählerkoalition gefährden? Deutet manches gar auf eine zukünftige Neuformierung der Wählerkoalitionen hin? Abschnitt Vier begibt sich auf die Suche nach historischen Präzedenzfällen, wobei das besondere Augenmerk Andrew Jackson gilt. Jackson, siebter US-Präsident von 1829 bis 1837, ist bis heute der einzige Populist, der es bis ins Weiße Haus schaffte und dem eine Neuausrichtung des Parteiensystems zugunsten seiner *Jacksonian Democrats* gelang.¹

¹William Jennings Bryan errang 1896 zwar unter ganz ähnlichen Umständen wie heute ebenfalls die Präsidentschaftskandidatur eine der beiden großen Parteien, der Demokraten; er verlor jedoch gegen den Republikaner William McKinley und leitete einen drei Jahrzehnte währenden Niedergang seiner Partei ein. Bryan ist deshalb für einen Vergleich mit der heutigen Situation der Republikaner unter Trump nicht so geeignet, wie es noch vor der Wahl im November 2016 erscheinen wollte (Azari und Hetherington 2016).

Ob der Vergleich mit Jackson ergiebig ist, mag umstritten sein, weil zwischen seiner Wahl und der Trumps immerhin bald zwei Jahrhunderte liegen. Die Zurechnung Trumps zur politischen Tradition des *Jacksonianism* hat jedoch zweifelsohne so großen intellektuellen Charme (Mead 2002, S. 218–263; Falke 2017), dass eine Analogienbildung zu heute nicht abwegig erscheint. Trump selbst gefällt sie jedenfalls; er hat ein Porträt Jacksons hinter seinem Schreibtisch im *Oval Office* aufgehängt und seinen 250. Geburtstag in dessen Heimat Nashville, Tennessee, symbolträchtig gefeiert (Trump 2017c). Die Arbeit schließt mit einem Ausblick auf die Kongresswahlen 2018 und die Präsidentschaftswahl 2020.

2 Trumps populistische Revolte revisited

Trump ist kein Rechtspopulist im europäischen Verständnis, sondern ein genuin amerikanischer Populist. Dies bedeutet, dass die ideologischen Links-Rechts-Einstufungen mehr verdunkeln als erklären. In den USA kam der Populismus immer aus der Mitte der Gesellschaft, nicht von ihren Rändern her – und zwar ideologisch wie soziologisch. Andrew Jackson, William Jennings Bryan, Huey Long, George Wallace, Ross Perot, Patrick Buchanan, Donald Trump oder Bernie Sanders eint nicht in erster Linie eine Ideologie, sondern eine bestimmte Art und Weise der politischen Ausdrucksweise (Laclau 2005, S. 34), ein spezifischer politischer Kommunikationsstil (Hartleb 2014). Dieser Stil ist durch die Unbedingtheit und Radikalität der politischen Forderungen gekennzeichnet – Zerschlagung der Nationalbank, Einführung der Silberwährung, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Zerschlagung der Kartelle, prohibitive Besteuerung der Reichen, prohibitive Zolltarife, Grenzmauer zu Mexiko, Ausweisung aller Muslime, kostenlose Bildung für alle –, die in ihrer Zeit als unerfüllbar, nahezu absurd gelten. Die Absolutheit und Kompromisslosigkeit der Forderungen dient dazu, bestehende politische Cleavages in der Bevölkerung zu überbrücken. Stattdessen wird eine unüberwindbare politische Frontlinie markiert zwischen *uns*, dem unschuldigen, ohnmächtigen, gebeutelten Volk, und *denen*, den korrupten, sich hemmungslos selbst bereichernden Eliten im fernen Washington oder an der Wall Street.

Die politischen Inhalte sind nicht völlig austauschbar; es gibt selbst in den USA so etwas wie eine linke und eine rechte Spielart des Populismus. John Judis (2016, S. 15) hat den linken Populismus als dyadisch und den rechten Populismus als triadisch charakterisiert. Im linken Populismus gebe es nur die zweipolige Frontstellung zwischen Volk und Elite, *wir* und *sie*. Der Rechtspopulismus dagegen sei durch eine Dreiecksbeziehung gekennzeichnet. Zu der vertikalen Relation zwischen Volk und Elite trete noch die horizontale Beziehung zwischen

dem Volk und einer fremden *Out Group*. Der rechte Populismus blickt nicht nur nach oben, er blickt auch zur Seite – auf Afroamerikaner, auf Einwanderer, auf Muslime. Und dieser Seitenblick ist kein freundlicher, er ist voller Hass und Verachtung. Trumps Gleichsetzung der Mexikaner mit Vergewaltigern und Mördern, seine „großartige“ Mauer zu Mexiko und sein Einwanderungsstopp für Muslime sind Nachweis genug, dass er diese hässliche Spielart des amerikanischen Populismus repräsentiert (Horst 2016, S. 154–156). Dafür sprechen auch seine vielen unterschweligen rassistischen Anspielungen, zuletzt in seiner Inaugurationsrede, als er vom „Gemetzel“ in den amerikanischen Großstädten sprach (Trump 2017a). Auch linke Spielarten des Populismus können fremdenfeindlich sein, allerdings steht dies in der Regel nicht im Vordergrund ihrer politischen Rhetorik. Der Unterschied ist also kein absoluter im Sinne eines Entweder-Oder, sondern ein relativer im Sinne eines Mehr-oder-Weniger.

Es gibt noch zwei weitere wichtige Mehr-oder-Weniger-Unterschiede zwischen linker und rechter Spielart des Populismus. Während sich linke Populisten mehr an den Wirtschaftseliten und weniger an den politischen Eliten abarbeiten, ist es bei den Rechtspopulisten umgekehrt (Oliver und Rahn 2016, S. 192–194). Trumps Wutreden richteten sich in erster Linie an die Berufspolitiker, die nur reden, nicht handeln: „Politicians are all talk, no action“ (Trump 2015). Trump schimpfte auch über unfähige und unsolidarische Wirtschaftsbesitzer, besonders solche, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, oder geißelte die Symbiose von Wirtschafts- und Politikeliten. Insgesamt aber schneiden die Wirtschaftseliten deutlich besser bei ihm ab; sie sind es, die die Politiker – „Little Marco“, „Lying Ted“ Cruz oder „Crooked Hillary“ – am Ring durch die Manege führen. Die Lösung der Probleme erwartet sich Trump folglich auch nicht von den unfähigen, geschwätzigen Politikern, sondern vom „gesunden Menschenverstand“ (Trump 2016, S. 18) der Geschäftsleute und Militärs. Sein Kabinett spiegelt diese Überzeugung wider: Erfolgreiche Geschäftsleute und Generäle sind in ihm übermäßig stark repräsentiert (Mehlman 2017, S. 5). In letzter Konsequenz aber ist nur der charismatische Führer selbst in der Lage, Amerika zu retten und wieder groß zu machen. In Trumps Erzählung ist sein Reichtum Ausweis seines überdimensionalen Gewinner-Gens und macht ihn zugleich unabhängig von der Politikerkaste (Braml 2016, S. 11 f.).

Der dritte Unterschied betrifft die Konzeption des Volkes. Bei rechten Populisten wie Trump ist das Volk oder die Nation, die das *Heartland* repräsentiert, ziemlich amorph. Man weiß eigentlich nie so genau, wer diese schweigende Mehrheit, wer „die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes“ (Trump 2017a) sind. Trump spricht immer von einem unbestimmten „Wir“, von „unserem Land“, nie von bestimmten, genau identifizierbaren Gruppen dieser Gesellschaft,

wie es Bernie Sanders tat. Es können sich im Grunde alle angesprochen fühlen; durch die Gegenüberstellung von „wir“ und „sie“ und die Benennung konkreter Feindbilder wird aber klar, dass die Konzeption des Volkes im rechten Populismus exklusiver ist als im linken, der etwas konkreter für die Emanzipation bestimmter diskriminierter Gruppen eintritt als der Rechtspopulismus – allerdings lange nicht so konkret wie die Nicht-Populistin Hillary Clinton, die fast ganz auf Gemeinplätze verzichtet und für jede gesellschaftliche Gruppe bis ins Detail festgelegt hat, was sie für sie erreichen möchte (Oliver und Rahn 2016, S. 192–194).

So amorph die soziologische Trägerschaft der populistischen Revolte in der Konzeption Trumps ist – mithilfe der Nachwahlbefragungen und der Wahlergebnisse in den Regionen lässt sich annäherungsweise bestimmen, wer das Programmangebot Trumps vor allem angenommen hat. Im Wesentlichen wählten dieselben Gruppen Trump, die auch sonst die Republikanische Partei wählen – und zwar in fast demselben Ausmaß. Trumps Wähler waren überproportional Republikanisch, konservativ, religiös, weiß, männlich und alt. Die einzigen signifikanten Veränderungen sind feststellbar bei den Einkommens- und Bildungsmerkmalen: Trump gewann bei den unteren Einkommensgruppen hinzu und verlor bei den oberen, dasselbe galt mit Blick auf die Bildungsmerkmale (Tab. 1). Clintons abschätzige Rede von dem „basket of deplorables“ und Trumps genüsslich ausgesprochene Liebe für die Ungebildeten bildeten sich klar im Wahlergebnis ab (Braml 2016, S. 10).

Trumps gutes Abschneiden bei den weniger gebildeten Wählern und der unteren Mittelschicht in Kombination mit dem mangelnden Enthusiasmus der Schwarzen für Clinton haben es ihm ermöglicht, fünf *Swing States* im *Rust Belt* der Vereinigten Staaten – Iowa, Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin – zu gewinnen. In der Rentnerhochburg Florida, Sitz seines herrschaftlichen Anwesens

Tab. 1 Bildungsgrad und Einkommen Republikanischer Wähler 2016 und 2012. Prozentwerte. (Quelle: CNN Voter Exit Polls)

Wählergruppe	2016	2012
Bildungsgrad: High-School-Besuch	51	35
High-School-Abschluss		48
College-Besuch	51	48
College-Abschluss	44	51
Postgraduate	37	42
Einkommen: Unter 50.000 \$	41	38
50–100.000 \$	49	42
Über 100.000 \$	47	54

Mar-a-Lago in Palm Beach, half Trump das überproportional gute Abschneiden bei den älteren Wählern (Tab. 2).

Die Wahlergebnisse in den Bezirken (Counties) unterstützen die Erkenntnisse aus den Nachwahlbefragungen. Clinton gewann nahezu alle urbanen Zentren, die High-Tech-Zentren, die Universitätsstädte sogar mit noch einmal gewachsenem Vorsprung und auch die Vorstädte, während Trump ebenso souverän das ländliche Amerika, die Kleinstädte, die Rentnerwohnviertel und die homogen weißen Bezirke eroberte. Teilweise erdrutschartige Verschiebungen gab es vor allem in den alten Industriegebieten, wo die *Blue-Collar Worker* und sogenannte *Reagan Democrats* zuhause sind. Trump gewann zum Beispiel die traditionell Demokratisch wählenden Bezirke Macomb County in Michigan, Luzerne County in Pennsylvania oder Kenosha County in Wisconsin für die Republikaner (Tab. 3). Dies war umso bedeutsamer, als Trump etwa 77.750 Stimmen Vorsprung in Michigan, Pennsylvania und Wisconsin zum Sieg verhalfen. Seine Wahlkampfstrategie, ganz auf die alten Industriezentren und das ländliche Amerika zu setzen, war der Schlüssel zum Erfolg. In Pennsylvania gewann Trump bis auf die Metropolen Philadelphia und Pittsburg das gesamte Landesinnere – in 23 Bezirken siegte er mit mehr als 70 % der Stimmen. Das ländliche Amerika, der *Bible Belt* im Süden,

Tab. 2 Nachwahlbefragungen Florida. Prozentwerte. (Quelle: CNN Voter Exit Polls USA/Florida 2016)

Über 65 Jahre	USA	Florida
Wähler	16	21
Clinton-Wähler	45	40
Trump-Wähler	53	57

Tab. 3 Gewinne Trumps in ausgewählten alten Industriegebieten. Prozentwerte. Veränderung von 2012 auf 2016 in Prozentpunkten. (Quelle: Cook 2017)

Bezirk (Staat)	2012 D	2012 R	2016 R	2016 R
Dubuque Co. (IA)	57	42	46 (-11)	47 (+5)
Wayne Co./Detroit (MI)	73	26	67 (-6)	29 (+3)
Macomb Co. (MI)	51	47	42 (-9)	54 (+7)
Genese Co./Flint (MI)	64	35	52 (-12)	43 (+8)
Mahoning Co./Youngstown (OH)	64	35	52 (-12)	43 (+8)
Cambria Co./Johnstown (PA)	40	58	30 (-10)	67 (+9)
Luzerne Co./Wilkes-Barre (PA)	52	47	39 (-13)	58 (+11)
Brown Co./Green Bay (WI)	48	50	41 (-7)	52 (+2)

das *Coal Country* der Appalachen und der *Rust Belt* südlich der Großen Seen können als das *Heartland* von Trumps Amerika identifiziert werden (Cook 2017).

3 Trumps Politikangebote im Realitätstest

Für die Zukunft der Republikanischen Partei unter einem Präsidenten Trump wird mitentscheidend sein, inwiefern das politische Programm des Präsidenten dem Realitätstest standhält. Auf vielen Politikfeldern ist festzustellen, dass bisher kein wesentlicher Dissens zwischen Trump und den Republikanern besteht oder dass Trumps Äußerungen hinreichend unkonkret sind, sodass tiefer gehende Konflikte noch nicht auszumachen sind. Das gilt für die Steuerpolitik, die auch unter einem Präsidenten Trump ein Bereicherungsprogramm für die Reichen sein wird – bei allenfalls symbolischen Steuersenkungen für die unteren und mittleren Einkommenschichten (Formisano 2016, S. 283). Es gilt für die Haushaltspolitik, in der sich Trump den Wünschen seiner Partei nach Ausgabenkürzungen bei innenpolitischen Programmen nicht entziehen wird. Gleichzeitig weiß er sich mit seiner Partei in dem Wunsch einig, die Militärausgaben zu steigern. Konflikte lauern jedoch bei den Kosten für den geplanten Mauerbau und falls es nicht gelingen sollte, was absehbar ist, das Haushaltsdefizit zu verringern (Shear und Steinhauer 2017). Seit der Präsidentschaft Reagans wissen wir jedoch, dass die Widersprüche Republikanischer Finanzpolitik zumeist in einem steigenden Haushaltsdefizit aufgelöst werden (Horst 1995). Schließlich sind auch innerparteiliche Differenzen in der Bildungspolitik, der Energiepolitik und der Umweltpolitik bisher kaum auszumachen – alles Politikfelder, die Trump nicht anders als die große Mehrheit der Republikaner deregulieren möchte (Tab. 4).

Mittelschwere Konflikte sind in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten. Für das geplante Infrastrukturprogramm hat der Präsident zwar eine Billion Dollar an staatlichen und privaten Investitionen in Aussicht gestellt (Trump 2017b), die haushaltspolitischen Spielräume sind dafür jedoch eigentlich nicht vorhanden. Das Programm widerspricht auch der wirtschaftspolitischen Ideologie der Republikaner, weshalb es auf der Prioritätenliste der beiden Republikanischen Kongressführer, *Speaker* Paul Ryan und Senatsführer Mitch McConnell, hinter der Neuausrichtung der Gesundheitspolitik und einer Steuerreform rangiert. Trotzdem erscheint es schwer vorstellbar, dass sich die Abgeordneten einer solchen Bonanza widersetzen könnten oder auch nur wollten, sollte es tatsächlich dazu kommen. Für Trump wäre dieses Programm aus vielerlei Gründen attraktiv: Er könnte damit Unterstützung bei den Demokraten im Kongress finden; er könnte der Baubranche einen Boom

Tab. 4 Policy-Konfliktintensität zwischen dem Präsidenten und seiner Partei. (Quelle: Eigene Darstellung nach Auswertung der Presseberichterstattung von New York Times und Politico im ersten Monat der Amtszeit Trumps)

Politikfeld	Konfliktintensität
Steuer- und Haushaltspolitik	Gering
Bildungspolitik	Gering
Energiepolitik	Gering
Umweltpolitik	Gering
Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik	Mittel
Außen- und Sicherheitspolitik	Mittel
Sozial und Gesundheitspolitik	Hoch
Einwanderungspolitik	Hoch
Handelspolitik	Hoch

bescheren; und er könnte – angesichts des überwältigenden Zuspruchs für ein solches Programm in der Bevölkerung – auch seine angeschlagene Popularität wieder steigern (New York Times Editorial Board 2017a).

In der Außen- und Sicherheitspolitik deuten die neuesten Entwicklungen darauf hin, dass sich Trump den Realitäten und dem Widerstand einflussreicher Republikanischer Senatoren wie John McCain oder Lindsay Graham widersetzen muss – das betrifft den kritischen Kurs gegenüber Israel in der Siedlungsfrage, die Fortführung ökonomischer Sanktionen gegenüber Russland sowie die Androhung und Durchführung von Sanktionen gegenüber dem Iran für seine jüngsten Raketentests. Den vielfach kritisierten Nukleardeal mit dem Iran will Trump nun wahrscheinlich genauso wenig aufkündigen (Landler et al. 2017), wie er die Nato für obsolet erklären will. Die Alliierten werden sich die Trumps Unterstützung für die Nato jedoch mehr als bisher kosten lassen müssen, was aber schon seit längerem von beiden Parteien in den USA gefordert wird. Wie auch immer die politischen Details in der Außenpolitik am Ende aussehen mögen – es zeigt sich, dass Kursänderungen Trumps hier möglich sind. Sie sind auch notwendig, weil sich die Grundlinien der Außen- und Sicherheitspolitik einer Supermacht nicht mal eben ändern lassen. Das haben schon andere neu gewählte Präsidenten vor Trump feststellen müssen, zuletzt Obama. Trump hat jedoch nicht zu befürchten, dass seine außenpolitischen Kurskorrekturen zu größeren Konflikten mit seiner Wählerklientel führen. Seinen Anhängern geht es zuallererst um innenpolitische Belange – *America first* –, ihr außenpolitisches Interesse ist sehr begrenzt. Konflikte dürfte es hier eher mit dem außenpolitischen *Establishment* geben, das Trumps Kurs gegenüber Russland (auch China), seine generelle Absage an *Regime Change* und seine geplante Ressourcenverlagerung vom Außen- auf das Verteidigungsministerium kritisch beäugt (Cooper und Baker 2017).

Drei Politikfelder scheinen für größere Konflikte zwischen dem Präsidenten und seiner Partei besonders prädestiniert zu sein: die Sozial- und Gesundheitspolitik, die Einwanderungspolitik und die Handelspolitik. Der von Trump im Wahlkampf ausgesprochene Bestandsschutz für die beiden großen Anspruchsprogramme der Renten- (*Social Security*) und Krankenversicherung für Ältere (*Medicare*) stößt bei gewichtigen Kräften in der Partei, allen voran *Speaker* Paul Ryan, auf wenig Gegenliebe. Auch aus haushaltspolitischen Gründen möchte Ryan diese beiden großen Kostentreiber im Budget beschneiden. Die Abschaffung von *Obamacare*, obwohl von allen gefordert, und die Konzipierung eines tragfähigen Ersatzes erweisen sich zudem schwerer, als von Trump erwartet. Den rund 25 Mio. unter *Obamacare* Neuversicherten können die Republikaner ihren Gesundheitsschutz nicht einfach wieder wegnehmen, ohne dass ihnen heftiger Protest entgegenschlagen würde. Gleiches gilt für zwei populäre Bestandteile der Gesundheitsreform: den Versicherungsschutz von Kranken mit Vorerkrankungen und die Mitversicherung von Studenten bei ihren Eltern bis zum Alter von 26 Jahren. Die von Präsident Trump in seiner ersten Rede an die Nation versprochene Gesundheitsreform, die „Wahlmöglichkeiten erhöht, den Zugang verbessert, die Kosten senkt und zugleich bessere medizinische Versorgung bereitstellt“ (Trump 2017b), gleicht der Quadratur des Kreises. Diese diffizile Aufgabe überlässt der Präsident nur zu gerne den Republikanern im Kongress und in den Einzelstaaten; seine fehlende inhaltliche Führung bewirkt aber heftigen Streit unter den Republikanern im Repräsentantenhaus, zwischen beiden Flügeln des Kapitols und zwischen den Republikanern im Bund und den Gouverneuren in den Einzelstaaten (Kaplan und Pear 2017).

In der Einwanderungs- und in der Handelspolitik dürften für Trump größere Abstriche von den Wahlversprechen kaum möglich sein, ohne seine Wählerbasis zu verprellen. In der Einwanderungspolitik geht es vor allem um den Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko, die beschleunigte Abschiebung illegaler Einwanderer und den *Muslim Ban*. Auch zwei Monate nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten sind keine Ideen in Sicht, wie der Bau der Mauer an der Südgrenze in die Tat umgesetzt und Mexiko dazu gebracht werden könnte, dies auch noch zu bezahlen. Generell steht die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme wie auch der von Trump angekündigten massiven Aufstockung des Grenzpersonals in Zweifel, ist die Einwanderung aus Mexiko doch nahezu zum Erliegen gekommen. Derzeit gehen mehr Menschen nach Mexiko zurück, als in das Land hineinkommen (Gonzales-Barrera 2015). Das interessiert Trumps Anhänger jedoch wenig. Sie wollen, dass die Grenzsicherung ausgebaut wird, koste es, was es wolle (New York Times Editorial Board 2017b). Auch Trumps nach der Wahl

geäußerter Wunsch, die etwa 840.000 sogenannten *Dreamer*² nun vielleicht doch nicht abschieben zu wollen, stößt auf den erbitterten Widerstand seiner Anhänger (Hirschfeld Davis und Steinhauer 2017). Schließlich hängt auch Trumps Stopp für Einwanderer aus sieben (in der revidierten Version sechs) überwiegend muslimischen Ländern, der von den Bundesgerichten gestoppt wurde, weiter in der Luft. Trump scheint es vorerst nicht zu gelingen, eine Exekutivorder zu formulieren, die den Ansprüchen seiner Anhänger genauso gerecht wird, wie den Ansprüchen der Wirklichkeit und der Rechtslage (Zapotosky und Hauslohner 2017).

In der Handelspolitik bleibt ebenfalls unklar, ob Trumps angekündigte Maßnahmen mit der Realität in Einklang gebracht werden können. Mit Strafzöllen gegenüber China oder Mexiko würde er den Firmen und Arbeitsplätzen im eigenen Land wahrscheinlich mehr schaden als nutzen. Ähnliches gilt für seine Abkehr von den transpazifischen und transatlantischen Freihandelsabkommen, die sein Vorgänger Obama nur mit Republikanischer Unterstützung vorantreiben konnte. Die drei Tage nach Amtsantritt erfolgte Aufkündigung der transpazifischen Partnerschaft hat im Freihandelslager der Republikaner keine Begeisterung ausgelöst. Mit dem Schlagwort eines „fairen Handels“ (Trump 2017b) zielt der Präsident auf klassische Demokratische Klientel, allen voran bestimmte Gewerkschaften. Handelspolitik wird in den USA traditionell dadurch kompliziert, dass Befürworter, Gegner und „Skeptiker“ des Freihandels in beiden Parteien anzutreffen sind (Davidson et al. 2016, S. 433–435). Auch unter Republikanern gibt es Minderheitsstimmen, die für Protektionismus eintreten (Tonelson 2017).

4 Lehren aus der Geschichte: Andrew Jackson (und William Jennings Bryan)

Andreas Falke (2017) hat zu Recht betont, dass Trumps „Geniestreich“ der feindlichen Übernahme einer Partei und der gleichzeitigen Erledigung zweier politischer Dynastien, der Bushs und der Clintons, in der jüngeren politischen Geschichte der USA präzedenzlos ist. Man muss schon sehr weit ins 19. Jahrhundert, in die Zeit der „vormodernen“ Präsidentschaft, zurückgehen, um Vergleichbares entdecken zu können. Nur den Populisten Andrew Jackson und William Jennings Bryan ist es ebenfalls gelungen, sich an die Spitze einer der

²Illegale Einwanderer, die im Kindesalter in die USA kamen und seit 2012 durch eine Anordnung Obamas vor Abschiebung geschützt werden.

beiden großen Parteien ihrer Zeit zu setzen und den Kurs der Partei – im Falle Jacksons auch den Kurs des Landes – über eine längere Zeit zu bestimmen. Wie Trump profitierten auch Jackson und Bryan von einem „populistischen Moment“ (Goodwyn 1976, 1978). Solche Momente sind potenzielle „Wendepunkte“ (Mouffe 2016) der Demokratie, in denen vieles zusammenkommt: technologische Revolutionen, ökonomische und soziale Umbrüche, Globalisierungskrisen sowie damit verbundene soziale Verlustängste. Diesen weitverbreiteten Abstiegsängsten liegen ganz reale, existenzbedrohende Verluste in weiten Teilen der Gesellschaft zugrunde: Farmer, die ihren Bankrott erklären müssen, Hausbesitzer, die ihr Darlehen nicht zurückzahlen können, Arbeiter, die ihren Job verlieren, Sparer, deren Vermögen vernichtet wird. Den Aufstiegen Jacksons, Bryans und Trumps gingen in den Jahren 1819/1821, 1893/1897 und 2007/2009 große Finanz- und Wirtschaftskrisen voraus, die ihrerseits auf erhebliche wirtschaftliche Überhitzungen folgten. Begleitet wurden sie von einer Vertrauenskrise der Politik, die von den Populisten mit erheblicher Überzeugungskraft für die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden konnte. Jackson sah in der Geldpolitik der Zweiten Bank der Vereinigten Staaten und dem Schutzzoll Hauptursachen für die wirtschaftlichen Kalamitäten der Farmer (Schlesinger 1953); Bryan zog gegen den Goldstandard mit der Forderung nach dem Silberdollar in den Wahlkampf (Hofstadter 1948, 1955); und Trump setzt vor allem auf Strafzölle und wirtschaftliche Deregulierung, um „Amerika wieder groß zu machen.“

Populistische Momente zeigen sich regelmäßig auch in einer Krise der Parteien, der Entstehung dritter Parteien und/oder einer Neuausrichtung des Parteiensystems. Dem Aufstieg Bryans in der Demokratischen Partei war der Erfolg der *People's Party*, auch *Populist Party*, bei den Präsidentschaftswahlen 1892 vorausgegangen, in denen sie mit ihrem Präsidentschaftskandidaten James B. Weaver immerhin gut neun Prozent der Stimmen und 22 Wahlmänner gewonnen hatte (Sabato und Ernst 2007, S. 271). Bryan gelang es mit seiner berühmten *Cross-of-Gold*-Rede, im Präsidentschaftswahlkampf 1896 nicht nur seine Demokraten hinter sich zu versammeln, sondern auch die Populisten – gewinnen aber konnte er die Wahl (und auch die von 1900 und 1908) nicht. Er trug somit zwar zur Absorption des populistischen Protests durch das Zweiparteiensystem bei, davon profitierten aber in den drei Jahrzehnten bis zum New Deal vor allem die Republikaner.

Knapp sieben Jahrzehnte zuvor war der Südstaaten-General Andrew Jackson ungleich erfolgreicher als Bryan darin gewesen, seiner Zeit den Stempel aufzudrücken. Allerdings verlor auch Jackson die erste seiner drei Präsidentschaftswahlen, bevor seine *Jacksonian Democracy* ab 1828 für die kommenden zwei Jahrzehnte zur dominierenden politischen Kraft in den USA wurde und auch wieder in ein funktionierendes Zweiparteiensystem der Demokraten und der Whigs

überleitete (Tab. 5). Am Ende der *Era of Good Feelings* waren die *Federalists* faktisch von der Bildfläche verschwunden und die *Jeffersonian Republicans*, auch *Democratic-Republicans*, zur alleine dominierenden Partei in Washington geworden. Präsidentschaftsbewerber wurden in dieser Zeit von *King Caucus*, also von den Kongressfraktionen, nominiert (Horst 2014, S. 76 f.). Gegen dieses elitenge-steuerte Verfahren hatte sich schon länger Unmut gerichtet, weil es faktisch den Präsidenten ermöglichte, mithilfe der Parteiführer im Kongress ihre Nachfolger auszuwählen. 1824 gelang es den *Democratic-Republicans* angesichts der fehlenden Opposition jedoch nicht mehr, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Schatzmeister William H. Crawford wurde zwar von der Fraktion nominiert; an der Sitzung nahm aber nur jedes vierte Fraktionsmitglied teil. Die anderen drei Kandidaten, Außenminister John Quincy Adams, *Speaker* Henry Clay und Jackson, hatten ihre politische Unterstützung in den Einzelstaaten gesucht und gefunden. Obwohl Jackson sowohl im *Popular Vote* als auch im *Electoral Vote* die Mehrheit hatte, wählte das Repräsentantenhaus mit Unterstützung Clays Adams zum Präsidenten. Jackson erblickte darin einen „korrupten Deal“ – Adams berief Clay wenig später zum Außenminister – und machte die

Tab. 5 Präsidentschafts- und Kongresswahlergebnisse 1820–1844. Prozentanteile des siegreichen Präsidentschaftskandidaten bzw. der stärksten Partei in den Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus. (Quelle: Cronin und Genovese 2004, S. 392–393; U.S. Senate; U.S. House of Representatives)

Wahljahr	Präsidentenamt	Senat	Repräsentantenhaus
1820	Monroe (DR): 99.6 EV	Dem-Reps: 91.7	Dem-Reps: 82.9
1822	Adams (DR): 30.5 PV/ 32.2 EV	Jacksons: 64.6	Jacksons: 54.9
1824		Jacksons: 54.2	Adams: 51.2
1826	Jackson (D): 56.0 PV/68.2 EV	Jacksons: 56.3	Jacksons: 53.1
1828		Jacksons: 52.1	Jacksons: 63.8
1830	Jackson (D): 55.0 PV/76.6 EV	Jacksons: 50.0	Jacksons: 59.2
1832		Anti-Jacksons: 54.2	Jacksons: 59.6
1834	Van Buren (D): 50.9 PV/60.1 EV	Jacksons: 50.0	Jacksons: 59.1
1836		Democrats: 67.3	Democrats: 52.9
1838	Harrison (W): 53.1 PV/77.0 EV	Democrats: 57.7	Democrats: 67.3
1840		Whigs: 55.8	Whigs: 58.7
1842	Polk (D): 49.6 PV/61.8 EV	Whigs: 55.8	Democrats: 65.9
1844		Democrats: 58.6	Democrats: 62.3

Kritik an der korrupten Administration zum Zentrum seiner erfolgreichen Wahlkampagne 1828 (Sabato und Ernst 2007, S. 306–308).

Der Wahlkampf von 1828 ähnelte in Vielem demjenigen von 2016: Er war einer der schmutzigsten und inhaltsärmsten in der Geschichte der USA. *Old Hickory* Jackson, seit seinem Sieg über die Engländer 1815 und seinen brutalen Feldzügen gegen die Ureinwohner im Ersten Seminolenkrieg 1817/1818 ein Kriegsheld, war im einfachen Volk ähnlich populär wie zwei Jahrhunderte später *The Donald* – von den politischen Eliten wurde er jedoch aufgrund seiner Impulsivität, politischen Unberechenbarkeit und offenen Anti-Intellektualität verabscheut. Fühlte Jackson sich in seiner persönlichen Ehre verletzt, scheute er nicht davor zurück, seinen Kontrahenten zum Duell zu fordern. Acht solcher Duelle hatte er überlebt, dasjenige mit Charles Dickinson, der an den Folgen seiner Schussverletzungen starb, nur haarscharf. Für Jackson war Politik eine Frage von Sieg oder Niederlage, Freund oder Feind – und auch eine Frage ungehemmter Vorteilsnahme. Die vermeintliche Korruption, gegen die Jackson im Namen des kleinen Mannes antrat, trieb er, erst einmal selbst an den Pfründen der Macht, auf die Spitze. Inhalte, darunter auch die damals heftig diskutierten Schutzzölle, waren demgegenüber nachrangig; sie wurden opportunistisch danach beurteilt, ob sie Jackson zum Sieg verhelfen konnten oder nicht (Cole 1993; Nester 2013; Remini 1988, S. 7–44).

Was wäre von einer Präsidentschaft Trump zu erwarten, fügte sie sich in das Muster des *Jacksonianism* ein? Sechs Punkte sind es mindestens wert, hervorgehoben zu werden:

Politischer Opportunismus Von einem seiner ersten Biografen wissen wir, dass Jackson sich zeit seines Lebens nicht mit dem Studium der Schriften großer Staatsmänner oder Philosophen beschäftigt und wohl auch kaum jemals ein Buch zu Ende gelesen hat (Parton 1860 III, S. 695). Jacksons Anti-Intellektualismus war im Vergleich zur Gründergeneration und auch noch zu den Staatsmännern seiner Zeit, eines John Quincy Adams, John C. Calhoun, Henry Clay oder Daniel Webster, legendär. Als die Senatoren und Kongressabgeordneten im Winter 1828/1829 seinem Einzug in die Bundeshauptstadt Washington entgegensahen, wussten sie nicht, was sie politisch von dem neuen Präsidenten zu erwarten hatten. Jackson hatte in seinem Wahlkampf außer Plattitüden keine konkreten Pläne zur Diskussion gestellt. Seine Rede zur Amtseinführung war so knapp wie unspezifisch. Das sollte sich auch während seiner zwei Amtszeiten nicht ändern. „Der erste unter den Staatsmännern, entwarf und formulierte er nie eine Maßnahme“, schreibt James Parton (1860 I, S. vii) in seinem Vorwort. Von einem solchen Präsidenten war keine zusammenhängende politische Philosophie zu erwarten,

sondern nur politischer Opportunismus. Als Vertreter der Rechte der Einzelstaaten gegen eine starke Bundesregierung in den Wahlkampf gezogen, setzte er als Präsident in der sogenannten Annullierungskrise, in der sich der Staat South Carolina allen Zollgesetzen des Bundes widersetzte, die Prrogative des Bundes gegenüber dem sezeSSIONswilligen Einzelstaat unnachgiebig durch. Bei der Zerschlagung der Zweiten Bank der Vereinigten Staaten setzte er sich dagegen, wie es seiner im Wahlkampf geäußerten Position auch entsprach, für die Rechte der Einzelstaaten ein. In beiden Fällen war Jacksons jeweilige Position stärker durch persönliche Animositäten motiviert als durch politische Überzeugungen. In der Annullierungskrise trat er seinem Vizepräsidenten John C. Calhoun entgegen, der die Position seines Heimatstaates unterstützte. Und im *Bank War* kämpfte er ebenfalls gegen zwei persönliche Feinde: Bankpräsident Nicholas Biddle und *Speaker* Henry Clay, der die Verlängerung der Bankkonzession befürwortete (Dippel 2009, S. 123–125).

Skandale und Korruption Im ersten Jahr der Präsidentschaft Jacksons bewegte sich politisch fast nichts, weil die Hauptstadt durch einen gesellschaftlichen Skandal in Atem gehalten wurde. In dem sogenannten *Petticoat War* ging es um die lebenslustige Frau von Kriegsminister John Eaton, der ein etwas leichtfertiger Lebenswandel nachgesagt wurde. Von der Washingtoner Gesellschaft, allen voran den Ehegattinnen der Minister, wurde sie deshalb geschnitten. Jackson, der mit seiner kürzlich verstorbenen Ehefrau Rachel ähnliche Erfahrungen sozialer achtung durchgemacht hatte, stellte sich instinktiv auf die Seite seines Freundes und beschwor dadurch einen Konflikt mit seinem Kabinett herauf. Den gordischen Knoten durchschlug er erst im April 1831, als er das komplette Kabinett entließ. Der *Petticoat War* sollte nicht der einzige Skandal seiner Präsidentschaft bleiben; die Korruption in den Behörden (*Spoils System*) stellte alles bisher da gewesene in den Schatten, aber in den meisten Fällen konnten die Skandale nicht oder erst nach dem Ende von Jacksons Amtszeit aufgeklärt werden (Nester 2013, S. 103–111).

Turbulenzen beim Personal Bei Jacksons Charakter und den Feindschaften, die er mit Lust und Wonne pflegte, war es wenig verwunderlich, dass die Fluktuation in der Administration hoch war. Während seiner acht Jahre im Amt verschliss Jackson fünf Schatzminister, vier Außenminister, drei Justizminister und drei Navy-Minister. Seinen ersten Vizepräsidenten John C. Calhoun, dessen Frau die Anführerin der achtungskampagne gegen Peggy Eaton gewesen war, beschädigte er in einer von ihm angezettelten medialen Diffamierungskampagne so stark, dass er ihn in seiner zweiten Amtszeit durch Martin Van Buren ersetzen konnte. Nach seinem ersten großen Kabinettsrevirement im Gefolge der Eaton-Affäre ließ er das Kabinett nicht mehr regelmäßig zusammentreten, sondern verlagerte das

politische Entscheidungszentrum in sein Küchenkabinet. Hier dominierten zwei beim politischen *Establishment* weithin verhasste Zeitungsmacher, Amos Kendell und Francis Preston Blair, die Jackson unentbehrliche Dienste bei seinen gefürchteten Schmutzkampagnen zur Manipulation der öffentlichen Meinung leisteten. Auch seine Berater konnten sich jedoch ihrer Position nie sicher sein. Widerspruch ertrug Jackson nicht, seinem Willen musste bedingungslos gefolgt werden (Schlesinger 1953, S. 47–73).

Verfassungskrisen Der unbedingte Machtwille Jacksons war auch dafür verantwortlich, dass seine Präsidentschaft durch eine Reihe von manifesten Verfassungskrisen gekennzeichnet war. Bis zur Präsidentschaft Andrew Johnsons im Gefolge des Bürgerkriegs, legte kein Präsident so viele Vetos (zwölf) gegen Gesetze des Kongresses ein wie Jackson, keines davon konnte der Kongress aufheben (Kosar 2014, S. 3). In der Annullierungskrise lag die Hauptverantwortung für den Verfassungskonflikt zwischen South Carolina und dem Bund über die Zolltarife bei den Politikern des Einzelstaates und deren Verbündeten im Kongress; Jacksons erfolgreiche Beilegung des Konflikts war eine seiner größten politischen Führungsleistungen. In anderen offen ausgetragenen Verfassungskonflikten spielte der Präsident eine weit weniger rühmliche Rolle, allen voran im Kampf gegen die Zweite Bank der Vereinigten Staaten. Hier nahm er willentlich die Zerstörung einer exzellent funktionierenden, die Wohlfahrt des Landes steigernden, Institution in Kauf. Die Einlagen des Bundes bei der Bank ließ er durch Schatzminister Roger Taney abziehen und auf ausgewählte Banken der Einzelstaaten verteilen. Die lose Kreditpolitik dieser Banken bewirkte im Zusammenspiel mit dem *Coinage Act* von 1834 zwar kurzfristig einen Boom und den Abbau der Staatsschulden, langfristig führte diese Politik jedoch in eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise, die von 1837 bis Mitte der 1840er Jahre andauerte (Nester 2013, S. 128–136; Schlesinger 1953, S. 74–131). Ein wichtiger Grund für eine gleichsam permanente, latente Verfassungskrise während der Präsidentschaft Jacksons, war sein populistisches, rein majoritäres Demokratieverständnis, das mit dem republikanischen Verfassungssystem der *Checks and Balances* kollidierte. Jackson sah sich als Repräsentanten des Volkswillens und akzeptierte demzufolge auch nicht das von John Marshall, dem ersten *Chief Justice* des *Supreme Court*, in die Verfassung hineingelesene Recht der richterlichen Normenkontrolle. Dieser Konflikt spielte in alle wichtigen politischen Fragen der Ära Jackson hinein. Nachdem der *Supreme Court* in den von Jackson vorangetriebenen Umsiedlungen der Ureinwohner das Urteil *Worcester v. Georgia* (1832) gesprochen hatte, wurde von Jackson der Satz kolportiert: „Well: John Marshall has made his decision: *now let him enforce it!*“ (Remini 1988, S. 70). Verschiedene Autoren gehen zwar heute davon aus, dass dieser Satz so nie fiel, dennoch bringt er die Haltung Jacksons

zum Verfassungsgericht zutreffend zum Ausdruck (Dippel 2009, S. 126). Jackson hatte das Glück, in seiner Amtszeit nicht nur seinen politischen Vertrauten Roger Taney zum *Chief Justice* (1836–1864), sondern noch fünf weitere Richter zum *Supreme Court* ernennen zu können.

Rassismus (Politik gegenüber den Ureinwohnern, Sklaverei) und Verschwörungstheorien Dass Jackson, in eine Sklavenhaltergesellschaft hineingeboren und selbst Sklavenhalter, an der *peculiar institution* nicht rütteln wollte, mag wenig überraschend sein. Unter dem Gesichtspunkt der Analogien zur heutigen Zeit ist interessanter, dass Jackson sich anders als seine politischen Gegner nicht als Rassist sah – weder den Ureinwohnern noch den Sklaven gegenüber. Den Ureinwohnern meinte er mit seiner Umsiedlungspolitik Gutes zu tun und sie faktisch vor der Ausrottung zu retten (Remini 1988, S. 45–82). In der Frage der Sklaverei sah Jackson sich fest auf dem Boden der Verfassung stehen, die das Recht auf Sklavenbesitz ausdrücklich anerkannte. Anders als die Annullierer um John C. Calhoun, die den politischen Konflikt mit den Abolitionisten um Henry Clay auf die Spitze trieben, nahm Jackson eine mäßigende Position ein. Ihm ging es vor allem darum, die Einheit der Union zu wahren. In dem heftigen Streit der Annullierer und Abolitionisten sah er eine Verschwörung seiner beiden Feinde Calhoun und Clay, die auf das Auseinanderbrechen der Union abzielte. Die Vorstellung, dass die Abolitionisten auch von ethisch-humanitären und nicht nur von politisch-strategischen Vorstellungen geleitet sein könnten, war Jackson völlig fremd. Er war der tiefen Überzeugung, dass sie nicht anders als die Sklavenhalter im Süden an der Sklaverei festhalten wollten, weil sie ebenfalls ökonomisch von ihr profitierten. In der völligen Ausblendung ethischer Fragen spiegelten sich Ignoranz und Wahnvorstellungen Jacksons wider, aber auch ein Körnchen Realismus (Remini 1988, S. 83–111).

Brachiale Außenpolitik („America First“) Die *Jacksonian School* amerikanischer (Außen-)Politik ist von niemandem besser beschrieben worden, als von Walter Russell Mead, der sie als die bis heute wirkungsmächtigste politische Bewegung der USA ansieht. Bis zum Ende der Truman-Administration überwiegend bei den Demokraten beheimatet, ist sie seit der Präsidentschaft Nixons eher in der Republikanischen Partei zu Hause. In ihrem Misstrauen gegenüber der Bundesregierung, ökonomischer Regulierung und den fernen Eliten im Nordosten ähneln die *Jacksonians* den *Jeffersonians* – wie auch in der Betonung individueller und einzelstaatlicher Freiheitsrechte. Während die *Jeffersonians* aber auf das Erste *Amendment*, die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, abstellen, halten die *Jacksonians* das Zweite *Amendment* hoch. In der Außenpolitik legen sie Mead zufolge eine viel größere Kriegermentalität zutage und scheuen auch vor

grausamen Taten nicht zurück, um die amerikanischen Interessen durchzusetzen und Beute zu machen. Andrew Jackson stellte seine Skrupellosigkeit schon vor seiner Präsidentschaft in seinen Feldzügen gegen die Engländer und die Ureinwohner sowie als Militärgouverneur von Florida unter Beweis. *Jacksonians* sind wie Jackson selbst der angelsächsischen und anglo-keltischen Kultur zuzurechnen; ihr *Heartland* war ursprünglich der Süden, die Familienfarmen des Mittleren Westens und die *Frontier*. Von den immer neuen Einwanderungswellen aus dem Süden und Osten Europas fühlte sich diese weiße, angelsächsische und protestantische Kultur aus ihrem *Heartland* verdrängt, weshalb sie schon früh im 19. Jahrhundert einen Nativismus entwickelte und die USA wieder amerikanisieren wollte (Mead 2002, S. 218–263).

Jacksons Außenpolitik war allerdings viel weniger durch militärische Abenteuer geprägt, als aufgrund seiner Feldherrenvergangenheit zu erwarten war. Während seiner Präsidentschaft kam es zu keinen größeren militärischen Auseinandersetzungen; die Konflikte mit Frankreich und anderen europäischen Nationen über Entschädigungsansprüche, die aus der Zeit der Revolutions- und Napoleonischen Kriege resultierten, löste Jackson sehr erfolgreich mit diplomatischen Mitteln. Die diplomatischen Gesandten der Jackson-Administration erwiesen sich als gewiefte, listige und unnachgiebige Verhandler, die die Kunst des Feilschens und Drohens beherrschten. Für Frankreich, Spanien, Dänemark und den König von Neapel wurde es teuer, auch aus den Verhandlungen mit Spanien holten die amerikanischen Unterhändler das Maximum heraus (Nester 2013, S. 158–165). Die Jackson-Administration war auch sehr erfolgreich beim Abschluss von Handelsvereinbarungen mit Russland, dem Osmanischen Reich, Spanien, Großbritannien und Siam. Teilweise als Ergebnis dieser Verträge erhöhten sich die amerikanischen Exporte während der Präsidentschaft Jacksons um 75 %, die Importe gar um 250 %. Der einzige außenpolitische Makel der Jackson-Administration war das Scheitern des Versuchs, Texas für fünf Mio. US-Dollar zu erwerben (Latner 2002). Jackson legte mit seiner Mexiko-Politik aber entscheidende Grundlagen dafür, dass mit der Wahl seines Anhängers James Polk zum Präsidenten der Weg für die Annexion Texas' frei wurde. Die Präsidentschaft Polks (1845–1849) kann auf außenpolitischem Gebiet als die Vollendung der *Jacksonian Democracy* angesehen werden. Unter Polk wurde die *Manifest Destiny* (offenkundige Bestimmung) der weißen Nordamerikaner zur Erschließung des Kontinents bis zum Pazifik abgeschlossen. Im Krieg mit Mexiko (1846–1848) wurde der Nachbar südlich des Rio Grande dazu gezwungen, zusätzlich zu Texas auch das Gebiet der heutigen Staaten Kalifornien, Nevada, Arizona, Utah sowie Teile von New Mexico, Colorado und Wyoming an die USA abzutreten. Ferner erwarb Polk von den Engländern das Oregon-Territorium südlich des 49. Breitengrads. In seiner Amtszeit vergrößerte er das Gebiet der USA um zwei Drittel (Nagler 2009).

5 Ausblick auf 2018 und 2020: Die nahe Zukunft der Republikanischen Partei

Die Ähnlichkeiten von *Jacksonianism* und *Trumpism* sind so frappierend, dass bei aller Ungewissheit über die Zukunft, bestimmte allgemeine Phänomene sehr wohl übertragbar erscheinen und sich auch bereits beobachten lassen. Trumps rauf-lustiger Charakter, gespeist aus einer nicht versiegenden Quelle von Verschwörungsfantasien, sein gnadenloser politischer Opportunismus und sein unbedingter Siegeswille machen Konfrontationen mit anderen Machtzentren in Washington unvermeidlich. Das betrifft den Kongress, den eigenen Behördenapparat, allen voran die nationalen Sicherheitsorgane (Verteidigungsministerium, Geheimdienste, FBI), die Gerichte, die Medien, die Zentralbank, Gewerkschaften, Interessengruppen und einzelne transnational agierende Unternehmen. Der Ausgang dieser Konfrontationen wird die künftigen Chancen der Republikanischen Partei an den Wahlen mitbestimmen.³ Mindestens drei Zukunftsszenarien sind denkbar:

Szenario I: Trump ist erfolgreicher, als seine Kritiker erwarten – oder kann auch eine schwache Bilanz erfolgreich verkaufen. Die Republikaner verteidigen ihre Mehrheiten bei den Kongresswahlen 2018 und Trump hat gute Chancen, 2020 wiedergewählt zu werden – auch weil sich bei den Demokraten kein überzeugender Herausforderer etabliert. Dieses Szenario basiert auf der Prämisse, dass Trump die niedrigen Erwartungen, die mit seiner Präsidentschaft von allen außer seiner Kernklientel verknüpft werden, kaum unterbieten kann. Eine Zustimmungsrate von 45 % bei Amtsantritt (Saad 2017) gab es seit Einführung der Meinungsumfragen noch nicht. Die niedrige Erwartungshaltung kontrastiert mit einer objektiv guten Ausgangslage für Trump, der sehr gute Wirtschaftsdaten von Obama übernahm. Die Wirtschaft befindet sich mit einer Arbeitslosenrate von unter fünf Prozent im Zustand der Vollbeschäftigung, die Wachstumsprognosen sind robust. Die Verabschiedung einer Rumpfversion des *American Health Care Act* und einiger Steuersenkungen wird als Erfolg gefeiert. Die in Erwartung dieser Maßnahmen verursachte Überhitzung der Konjunktur nützt Trump kurzfristig bei den Wahlen 2018, auch wenn sie sich mittel- bis langfristig als schädlich erweisen dürfte. Eine weitere Befestigung der Grenze gegenüber Mexiko kann als erfolgreicher Mauerbau verkauft werden, da über weite Strecken faktisch schon

³Auch ausländische Staaten (Mexiko, Russland oder befreundete Partnerstaaten) haben generell Möglichkeiten, auf den Präsidenten einzuwirken (Rovira Kaltwasser und Taggart 2016) – auch wenn diese Möglichkeiten, zumal bei der Supermacht USA, Grenzen haben und hier vernachlässigt werden sollen.

eine Mauer existiert. Mit der Zustimmung des Senats zur Berufung des konservativen Bundesrichters Neil Gorsuch an den *Supreme Court* kann Trump zudem einen wirklichen Erfolg vorweisen, der die konservative Basis der Republikanischen Partei beglückt. Schließlich ist die strategische Ausgangslage für die *Midterm Elections* den Republikanern mehr als günstig. Die satte Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus (241:194) bleibt für die Demokraten unerreichbar (Kondik 2017a). Auch die knappe Mehrheit der Republikaner im Senat (52:48) können die Demokraten nicht durchbrechen. Während die Republikaner 2018 nur neun Sitze zu verteidigen haben, müssen die Demokraten 25 Sitze halten. Die Möglichkeiten, Sitze hinzuzugewinnen, sind für die Demokraten äußerst begrenzt, weil acht der neun Republikaner in ausgesprochenen Hochburgen ihrer Partei kandidieren, während zehn Demokratische Senatoren in Staaten antreten, die Trump (2016) gewonnen hat (Kondik 2017b).

Szenario II: Die Gesundheitsreform scheidet endgültig. In der Folge wird auch die Steuerreform vom Kongress blockiert. Trump weist die Schuld dem Kongress zu. Die Republikaner verlieren 2018 mindestens eine Kongresskammer, höchstwahrscheinlich den Senat. Präsident Trump muss fürchten, die Wahl 2020 zu verlieren. Dieses Szenario geht davon aus, dass die widersprüchlichen Positionen innerhalb der Republikanischen Partei zum Umgang mit *Obamacare* nicht in Einklang mit der Wirklichkeit zu bringen sind. Die radikalkonservativen Republikaner im Repräsentantenhaus sind zu Zugeständnissen an den moderaten Flügel ihrer Partei nicht bereit, weshalb der *American Health Care Act* im Senat scheitert. Das Ende für die Gesundheitsreform zieht das Scheitern der Steuerreform nach sich. Trump weist die Schuld dem Kongress und dem korrupten *Establishment* in Washington zu. Eine Mitverantwortung für die Wahlniederlage der Republikaner bei den Kongresswahlen 2018 weist er weit von sich. Die Chancen seiner Wiederwahl 2020 hängen in diesem Szenario von vielen Unwägbarkeiten ab: Würde seine Gefolgschaft trotz der Misserfolge zu ihm halten? Würde er noch einmal von den Republikanern als Präsidentschaftskandidat nominiert werden? Würde er selbst oder ein Republikanischer Herausforderer, der ihm in der Vorwahl unterliegt, als dritter Kandidat ins Rennen gehen? Und gelänge es den Demokraten, einen attraktiven Gegenkandidaten aufzustellen, der auch die Faszination der Medien vom Spektakel Trumps abziehen und auf die Demokraten lenken könnte?

Szenario III: Trumps Tabubrüche und Skandale nehmen kein Ende; er manövriert sich in die politische Handlungsunfähigkeit. Die Republikaner verlieren die Kongresswahlen 2018. Im neuen, von den Demokraten kontrollierten Kongress kommt es zum ersten erfolgreichen Impeachment in der Geschichte der USA, Mike Pence wird Nachfolger von Trump. Die Demokraten gewinnen auch die

Präsidentenschaftswahl 2020. Dieses Szenario basiert auf der Voraussetzung, dass dem Präsidenten politisch fast alles misslingt. Der *Muslim Ban* lässt sich genauso wenig durchsetzen, wie der Mauerbau an der Grenze zu Mexiko oder die Strafzölle gegen Handelspartner. Alle größeren Gesetzesvorhaben kommen zum Erliegen. Immer neue Skandale und Tabubrüche erschüttern die Bundeshauptstadt. Trotz ihrer formal guten Ausgangslage verlieren die Republikaner deshalb die Kongresswahlen 2018 in einem Erdrutsch. Im neuen 116. Kongress nutzen die Demokraten ihre Mehrheiten, um die Investigationen, die sich bis dato dahingeschleppt haben, neu aufzurollen und fördern politisch verwertbare Verfehlungen des Präsidenten zutage. Es kommt zu massiven Bürgerprotesten gegen den Präsidenten, weshalb sich die neue Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus entschließt, ein *Impeachment* gegen Trump einzuleiten. Trumps Zustimmungsraten sinken auf ein Rekordtief. Da das *Impeachment* ein politisches und kein juristisches Verfahren ist (Davidson et al. 2016, S. 23–24), finden sich genügend Republikaner im Senat, die bereit sind, den Präsidenten für seine „Vergehen“ zu verurteilen. Aus Sicht der Republikaner ist Trumps größtes Vergehen nämlich nicht sein ethisch unververtretbares Handeln, sondern seine politische Erfolglosigkeit, die die Partei in den Abgrund zu ziehen droht.

Mit der überraschenden Entlassung von FBI-Direktor James Comey, dessen Behörde sich in einer laufenden Untersuchung der Verbindungen von Trumps Wahlkampfhelfern zu Russland befand, sanken in der zweiten Maiwoche 2017 die Chancen auf eine Realisierung des ersten Szenarios. Szenario Zwei oder auch Szenario Drei wurden immer wahrscheinlicher.

Literatur

- Azari, J., & Hetherington, M. J. (2016). Back to the Future? What the Politics of the Late Nineteenth Century Can Tell Us about the 2016 Election. *Annals*, 667 (September), (S. 92–109).
- Braml, J. (2016). *Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa*. Berlin: Quadriga.
- Cole, D. B. (1993). *The Presidency of Andrew Jackson*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Cook, R. (2017). The 2016 Presidential Vote: A Look Down in the Weeds. Crystal Ball. <http://www.centerforpolitics.org/crystalball/articles/the-2016-presidential-vote-a-look-down-in-the-weeds/>. Zugegriffen: 26. Januar 2017.
- Cooper, H., & Baker, P. (2017): Critics Assail Cuts in Foreign Spending as Trump Moves to Boost Military. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/02/27/us/politics/trump-foreign-military-spending-cuts-criticism.html>. Zugegriffen: 27. Februar 2017.

- Cronin, T. E., & Genovese, M. (2004). *The Paradoxes of the American Presidency*. Oxford: Oxford University Press.
- Davidson, R. H., Oleszek, W. J., Lee, F. E., & Schickler, E. (2016). *Congress and Its Members*. Washington, D.C.: CQ Press.
- Dippel, H. (2009). Andrew Jackson (1829–1837): Präsident des demokratischen Umbruchs. In C. Mauch (Hrsg.), *Die amerikanischen Präsidenten. 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama* (S. 117–129). München: Verlag C.H. Beck.
- Falke, A. (2017). Trump im Amt: Ein Sprung in unbekannte populistische Gefilde. *Bundeszentrale für Politische Bildung Bonn*. <http://www.bpb.de/242231>. Zugegriffen: 9. Februar 2017.
- Formisano, R. (2016). The Populist Tsunami of the Second Gilded Age. *The Forum*, 14/3, (S. 281–294).
- Gonzales-Barrera, A. (2015). More Mexicans Leaving Than Coming to the US. *Pew Research Center*. <http://www.pewhispanic.org/2015/11/19/more-mexicans-leaving-than-coming-to-the-u-s/>. Zugegriffen: 15. Mai 2017.
- Goodwyn, L. (1976). *Democratic Promise: The Populist Moment in America*. New York: Oxford University Press.
- Goodwyn, L. (1978). *The Populist Moment: A Short History of the Agrarian Revolt in America*. Oxford: Oxford University Press.
- Hartleb, F. (2014). *Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie*. Baden-Baden: Nomos.
- Hirschfeld Davis, J., & Steinhauer, J. (2017). Trump's Soft Spot for Dreamers Alienates Immigration Hard-Liners. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/02/26/us/politics/daca-dreamers-immigration-trump.html>. Zugegriffen: 27. Februar 2017.
- Hofstadter, R. (1948). *The American Political Tradition and the Men Who Made It*. New York: Alfred A. Knopf.
- Hofstadter, R. (1955). *The Age of Reform: From Bryan to F.D.R.* New York: Alfred A. Knopf.
- Horst, P. (1995). *Haushaltspolitik und Regierungspraxis in den USA und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Horst, P. (2014). Die unendliche Reform des präsidentiellen Nominierungsprozesses in den USA. In U. Münch, U. Kranenpohl, & H. Gast (Hrsg.), *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel* (S. 75–92). Baden-Baden: Nomos.
- Horst, P. (2016). Die populistische Revolte in den USA – Donald Trump und die Zukunft der Republikanischen Partei. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)*, 65/2, (S. 153–161).
- Judis, J. B. (2016). *The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York: Columbia Global Reports.
- Kaplan, T., & Pear, R. (2017). Republican Unity on Health Care Is Elusive, Despite Trump's Support. *New York Times*. https://www.nytimes.com/2017/03/01/us/politics/affordable-care-act-health-care-trump.html?_r=0. Zugegriffen: 2. März 2017.
- Kondik, K. (2017a). Initial 2018 House Ratings. Crystal Ball. <http://www.centerforpolitics.org/crystalball/articles/initial-2018-house-ratings/>. Zugegriffen: 16. März 2017.
- Kondik, K. (2017b). 2018's Initial Senate Ratings. Crystal Ball. <http://www.centerforpolitics.org/crystalball/articles/2018s-initial-senate-ratings/>. Zugegriffen: 18. Februar 2017.
- Kosar, K. R. (2014). *Regular Vetoes and Pocket Vetoes: An Overview*. Washington, D.C.: CRS Report RS 22188.

- Laclau, E. (2005). Populism: What's in a Name? In F. Panizza (Hrsg.), *Populism and the Mirror of Democracy* (S. 32–49). London: Verso.
- Landler, M., Baker, P., & Sanger, D. E. (2017). Trump Embraces Pillars of Obama's Foreign Policy. *New York Times*. https://www.nytimes.com/2017/02/02/world/middleeast/iran-missile-test-trump.html?_r=0. Zugegriffen: 23. Februar 2017.
- Latner, R. B. (2002). Andrew Jackson. In H. F. Graff (Hrsg.), *The Presidents: A Reference History*. Columbia University. <http://www.presidentprofiles.com/Washington-Johnson/Jackson-Andrew.html>. Zugegriffen: 16. März 2017.
- Mead, W. R. (2002). *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*. New York: Routledge.
- Mehlman, B. (2017). Anticipating 2017 & 2016 Lessons for the Board Room. *Mehlman Castagnetti*. <http://mehlmancastagnetti.com/wp-content/uploads/Anticipating-2017-Mehlman-Castagnetti-Q1-2017.pdf>. Zugegriffen: 12. Januar 2017.
- Mouffe, C. (2016). The Populist Moment. *Open Democracy*. <https://www.opendemocracy.net/democraciaabierta/chantal-mouffe/populist-moment>. Zugegriffen: 8. März 2017.
- Nagler, J. (2009). James K. Polk (1845–1849): Der Präsident der Manifest Destiny. In C. Mauch (Hrsg.), *Die amerikanischen Präsidenten. 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama* (S. 145–152). München: Verlag C.H. Beck.
- Nester, W. (2013). *The Age of Jackson and the Art of American Power, 1815–1848*. Washington, D.C.: Potomac Books.
- New York Times Editorial Board (2017a). Missing: Donald Trump's Trillion-Dollar Infrastructure Plan. <https://www.nytimes.com/2017/02/27/opinion/missing-donald-trumps-trillion-dollar-infrastructure-plan.html>. Zugegriffen: 27. Februar 2017.
- New York Times Editorial Board (2017b). The Immigration Facts Donald Trump Doesn't Like. https://www.nytimes.com/2017/02/25/opinion/the-costs-of-mr-trumps-dragnet.html?_r=0. Zugegriffen: 26. Februar 2017.
- Oliver, J. E., & Rahn, W. M. (2016). Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election. *Annals*, 667 (September), (S. 189–206).
- Ornstein, N. J. (2016). The Eight Causes of Trumpism. *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/01/the-eight-causes-of-trumpism/422427/>. Zugegriffen: 4. Januar 2017.
- Parton, J. (1860). *Life of Andrew Jackson. In Three Volumes*. New York: Mason Brothers.
- Remini, R. V. (1988). *The Legacy of Andrew Jackson. Essays on Democracy, Indian Removal, and Slavery*. Baton Rouge: Louisiana State University Press.
- Rovira Kaltwasser, C., & Taggart, P. (2016). Dealing with Populists in Government: A Framework for Analysis. *Democratization*, 23/2, (S. 201–220).
- Saad, L. (2017). Trump Sets New Low Point for Inaugural Approval Rating. *Gallup*. <http://www.gallup.com/poll/202811/trump-sets-new-low-point-inaugural-approval-rating.aspx>. Zugegriffen: 23. Januar 2017.
- Sabato, L. J., & Ernst, H. R. (2007). *Encyclopedia of American Political Parties and Elections*. New York: Checkmark Books.
- Schlesinger, A. M., Jr. (1953). *The Age of Jackson*. Boston: Little, Brown and Company.
- Shear, M., & Steinhauer, J. (2017). Trump to Seek \$54 Billion Increase in Military Spending. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/02/27/us/politics/trump-budget-military.html>. Zugegriffen: 28. Februar 2017.
- Taggart, P. (2000). *Populism*. Buckingham: Open University Press.

- Tonelson, A. (2017). What Trump Gets Right on Trade. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/03/02/opinion/what-trump-gets-right-on-trade.html>. Zugegriffen: 2. März 2017.
- Trump, D. J. (2015). Our Country Needs a Truly Great Leader. *Wall Street Journal*. <http://blogs.wsj.com/washwire/2015/06/16/donald-trump-transcript-our-country-needs-a-truly-great-leader/>. Zugegriffen: 23. Februar 2017.
- Trump, D. J. (2016). *Great Again! Wie ich Amerika retten werde*. Kulmbach: Plassen Verlag.
- Trump, D. J. (2017a). Inaugural Address. *White House*. <https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>. Zugegriffen: 23. Februar 2017.
- Trump, D. J. (2017b). Trump's Speech to Congress: Video and Transcript. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/02/28/us/politics/trump-congress-video-transcript.html>. Zugegriffen: 1. März 2017.
- Trump, D. J. (2017c). Remarks by the President on 250th Anniversary of the Birth of President Andrew Jackson. *White House*. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/03/15/remarks-president-250th-anniversary-birth-president-andrew-jackson>. Zugegriffen: 17. März 2017.
- White, J. K. (2016). Donald Trump and the Scourge of Populism. *The Forum*, 14/3, (S. 265–279).
- Zapotosky, M., & Hauslohner, A. (2017). Revised Trump Immigration Order, Delayed after Speech, Will Not Ban Citizens from Iraq. *Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/after-saying-dangerous-people-may-be-pouring-into-our-country-trump-has-repeatedly-put-off-inking-new-travel-ban/2017/03/01/6f3ca47e-fe86-11e6-8f41-ea6ed597e4ca_story.html?utm_term=.dc7b5a40b02a. Zugegriffen: 2. März 2017.